Dienstag, 19. Februar 1924. Einzelnummer 200000 Mark. 63. Jahrgang. Nr. 41.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 4 800 000
bei den Ausgabest. 5 000 000
durch Zeitungsb. 5 200 000
durch Post . . . 5 312 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 8 000 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens... 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Politische Wochenschau.

Man sollte meinen, daß dem französischen Franken die freundliche Programmrede Mac Donalds im englischen Unterhause gut bekommen wäre. Das ist nicht der Fall. Der englische Arbeiterführer und Ministerpräsident hat sich, entsprechend der Stellung seines von der Gunst der anderen Parteien abhängigen Minderheitenkabinettes, auf die vorsichtigste (für Sozialdemokraten vorbildliche) Weise über die innerpolitischen Klippen hinweggetastet, um innerpolitisch dann den Wiederaufbau des englischen Handels und die guten Beziehungen zu Frankreich programmatisch herauszustellen. Mac Donald hat damit, wie zu erwarten war, die Verständigungspolitik seiner konservativen Vorgänger aufgenommen; England will Ruhe und Frieden! Der Franken aber machte trotz Mac Donald und Ermächtigungsgesetz einen sanften Sprung nach unten.

Die weltpolitischen Spannungen lassen sich nicht mehr, wie zur nachkriegszeitlichen Hochblüte der Ententefreundschaft, durch Worte aus der Welt schaffen. Und es fragt sich nur, wie weit England auf Grund seiner grundsätzlichen Verständigungsbereitschaft praktisch in seiner mitteleuropäischen Stellungnahme Frankreich gegenüber weiter nachgeben wird. Dabei scheint die englische Kontinentalpolitik zunächst zwei unzweifelhafte Erfolge errungen zu haben: in Sachen der rheinischen Eisenbahn und der Pfalz.

Im ersteren Falle hat im jetzigen Koblenzer Abkommen Frankreich tatsächlich nachgegeben. Die Leitung der Regiebahn wird also die Sabotage und „Blockade" des Kölner Brückenkopfes aufgeben und sich an der Wiederherstellung des Normalverkehrs beteiligen, ohne daß die deutsche Verwaltung im englischen Bezirk ausgeschaltet wird — sofern der Regie das, selbst wenn man ihr von jetzt ab den guten Willen zubilligen könnte, möglich ist. Denn die Eisenbahnverhältnisse im Ruhr- und Rheingebiet spotten jeder Beschreibung! Über die Tatsache, daß die französische Regie nicht in der Lage ist, den für die Wirtschaft unbedingt notwendigen Mindestverkehr aufrecht zu erhalten, können auch die möglichst laut gestellten Forderungen an die deutsche Eisenbahnverwaltung um Wagengestellung nicht hinwegtäuschen. Wagen sind im Rheinland wahrhaftig übergenug vorhanden. Aber die französischen Eisenbahner können sie nicht bewegen; so stehen sie in endlosen Zügen auf totem Gleis, verstopfen den Verkehr — und verkommen. Die Rhein- und Ruhrwirtschaft aber, die wesentliche Voraussetzung der deutschen Reparationsmöglichkeit, liegt weiter brach, mit ihr die Arbeitskraft ungezählter Existenzen. Hier wäre ein Punkt, wo ein Sachverständigenausschuß erfolgreichste Feststellungen machen könnte. Aber das ist, laut Poincarés Machtspruch, verboten!

Auch in der Pfalzfrage sehen wir Frankreich auf dem Rückzuge. Der „autonomen Regierung" wurde die Unterstützung versagt: sie zerbrach mit einem Schlage. Wo ist aber diese „de facto-Regierung", um an ein Wort des Generals de Metz zu erinnern, hinter der die pfälzische Bevölkerung „geschlossen" steht und die daher die einzige war, die von Frankreich, das sich beileibe „nicht um innerpolitische deutsche Angelegenheiten kümmert", anerkannt zu werden verdiente? Im Bezirksamtsgebäude von Pirmasens scheint sie nicht gesessen zu haben, dessen separatistische Insassen zum Zeichen der „Anerkennung" von der bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung buchstäblich mit Knüppeln totgeschlagen wurden. Der separatistische Spuk zerrann. Aber ist die „Befreiung der Pfalz" das Verdienst englischer Aktivität? Sie wurde nur möglich durch die Initiative und Selbsthilfe des pfälzischen Volkes, das unerschütterlich dem Vaterlande treu blieb. Erst die Hinrichtung des „autonomen Präsidenten" Heinz-Orbis am 9. Januar erzwang die Reise des englischen Generalkonsuls Clive. Erst die Erkenntnis, daß mit diesem „Separatismus" kein „Rheinbund" zu schaffen sei, zwang Frankreich, seine „treuen Verbündeten", seine „de facto-Regierung" fallen zu lassen.

Es muß festgehalten werden, daß die französischen Machthaber ihre Ziele keineswegs aufgegeben haben. Das Scheinproblem tritt jetzt nach der Vertreibung der Separatisten im Bemühen um einen englisch-französischen „Ausgleich" nur in ein um so gefährlicheres Stadium. Schon tritt in englischen Zeitungen das Projekt einer „Neutralisierung der Rheinlande" wieder hervor, in Verbindung mit einer militärisch-finanziellen Unterstellung des Reiches unter den Völkerbund. Für Frankreich ist dieses Projekt nichts anderes als eine neue Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung seiner Rheinbundpläne. Die deutsche Regierung aber sollte aus der Entwickelung der pfälzischen Geschehnisse gelernt haben, wie notwendig politische, vom Volke unmittelbar getragene Initiative ist und an ihren von der Entente feierlich garantierten Souveränitätsrechten unbedingt festhalten! Wenn überhaupt von Unstimmigkeiten zwischen dem Rheinland und dem Reiche gesprochen werden kann, so sind sie nur darin zu suchen, daß der Rheinländer glaubt, daß seine Interessen vom Reiche aus nicht genügend vertreten würden. Nichts wäre verhängnisvoller, als unter der Ideologie, sich Frankreich auf anderen Gebieten, wie der Reparationsfrage, geneigter zu machen, im Rahmen des Reiches rheinische „Zwischenlösungen" zu suchen. Auf die Befriedigung einiger ehrgeiziger Politiker die vom gesicherten „Kölner Brückenkopf" her die Dinge betrachten, kommt es nicht an. Freilich: der Sturz des Franken in die trübe Niederung der schlechten Valuten hat bereits abkühlend genug gewirkt.

Die Sachverständigenausschüsse sind inzwischen, nachdem sie in Berlin gewissenhaft gearbeitet haben, nach Paris zurückgereist. Was sie bisher über die Ergebnisse ihrer Arbeit geäußert haben, ist unerheblich; sie haben auf das Peinlichste „ihre Befugnisse gewahrt". Der Satz aber, den der Ausschuß Dawes in seinem Communiqué äußerte: Die Goldwährung sei der „bedeutsamste Schritt" zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Valuta und zur Ausbalanzierung des deutschen Etats, bedeutend sachlich gar nichts, so lange man verschweigt, daß die Voraussetzung der Goldwährung die Wiederherstellung der Wirtschaftshoheit des Reiches am Rhein und an der Ruhr ist, zu der zumindest noch ein mehrjähriges Moratorium kommen muß. Darauf kommt es an! Sonst ist der „bedeutsamste Schritt" vergeblich getan.

Zur innerpolitischen Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland bedeutet das Ergebnis der Thüringer Wahlen auch einen bedeutsamen Schritt. Durch sie wurde der sozialistisch-kommunistischen Mißwirtschaft im Herzen Deutschlands ein Ende bereitet. Diese Parteiherrschaft, die hier auf Kosten der Gesamtbevölkerung, ähnlich wie in Sachsen, eine für deutsche Verhältnisse groteske Form angenommen hatte, hat dem Reich in den letzten Monaten genug Mühe bereitet; sie führte schließlich zur Notwendigkeit, das betroffene Gebiet unter militärischen Schutz zu stellen. Das Wahlergebnis, das mit einem völligen Siege der Ordnungsparteien endete, gibt den thüringischen, im Schlepptau des Kommunismus gefangenen Mehrheitssozialisten, die innerhalb ihrer Partei freilich ein besonderes Gewächs darstellen und radikal nicht über die eigenen Kirchtürme hinwegsehen, die Lehre, daß es, in Variierung des bekannten Spruchs von Busch, schwerer ist, Führer zu sein, als es zu werden. Ob sie das beherzigen werden, steht dahin. Das Wort Außenpolitik stand bisher noch nicht auf der Aktivseite im Hauptbuch der deutschen Sozialdemokratie.

Mac Donald hat die Einberufung einer neuen Weltkonferenz vorgeschlagen, in der unter anderm auch wieder einmal über die Abrüstung beraten werden soll. Wer heute von Abrüstung sprechen will, muß sich natürlich in erster Linie an Frankreich wenden, das nicht aufhört, in bis jetzt noch nicht dagewesenem Maße zu rüsten, obwohl die dazu nötigen Aufwendungen gegenwärtig in krassestem Widerspruch zu den in Frankreich herrschenden Verhältnissen stehen. Daß Frankreich seine Rüstungen einstellt, ist so ziemlich ausgeschlossen, so lange der Geist der französischen Politik das bleibt, der er heute ist.

Und so wird Mac Donalds gute Absicht aller Wahrscheinlichkeit nach an der rauhen Wirklichkeit nichts ändern.

Polens neuer Kriegsminister: General Sikorski.

Der Staatspräsident hat am Sonntag an den Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich stimme Ihrem Antrage zu und enthebe den Divisionsgeneral Kazimierz Sosnkowski vom Posten des Kriegsministers. Zugleich ernenne ich den Generalinspekteur der Infanterie, Divisionsgeneral Sikorski zum Kriegsminister."

An den General Sosnkowski ging ein Schreiben ab, in dem der Staatspräsident auf Grund des Rücktrittsgesuches die Amtsenthebung mitteilt. Der neue Kriegsminister erhielt seine Ernennungsurkunde.

Die Baltenstaatenkonferenz. Eine Rede des Außenministers Zamoyski.

Am Sonnabend vormittag wurde in Warschau die Baltenstaatenkonferenz eröffnet. Zur Eröffnung erschienen die Außenminister Finnlands, Lettlands und Estlands mit den sie begleitenden höheren Beamten ihrer Ministerien sowie die Warschauer Gesandten dieser Staaten. Von seiten Polens waren anwesend: Außenminister Zamoyski sowie die an der Konferenz teilnehmenden Delegierten der Kommissionen für politische, juridische, Wirtschafts- und Redaktionsfragen.

Die Konferenz wurde vom Außenminister Zamoyski mit einer Begrüßungsrede eröffnet, in der er u. a. ausführte:

„Meine Herren! Ich bin glücklich, daß ich im Namen der polnischen Regierung die Herren Außenminister Estlands, Finnlands und Lettlands mit ihren Mitarbeitern begrüßen kann, die nach Warschau gekommen sind, um an den Arbeiten der Baltenstaatenkonferenz teilzunehmen, die seit dem Jahre 1920 nun schon zum siebenten Male tagt. Die Konferenz als solche stellt bei weitem kein sensationelles politisches Ereignis dar, sondern eine logische Entwicklung der gemeinsam geführten Arbeiten. Maßvoll in ihren Beschlüssen, ist sie das, was in einem bedeutenderen Unternehmen die Jahresbilanz ist, die die Vergangenheit und das Programm für die Zukunft widerspiegelt. Die zwischen Estland, Finnland, Lettland und Polen erzielte Annäherung ist heute zu einem lebendigen Organismus geworden, der oft in internationalen Kreisen mit dem Namen „baltische Gruppe" belegt wurde. Bei der gegenwärtigen internationalen Lage, die eine sich bereits ankündigende politische Evolution in den auswärtigen Beziehungen, eine nicht weniger drohende Wirtschaftskrise und eine Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Gesundung in den einzelnen Ländern kennzeichnet, ist eine Zusammenarbeit der Baltenstaaten mehr denn je notwendig. Der Konferenz, die uns heute zusammengeführt hat, wartet eine große Aufgabe, deren Lösung unzweifelhaft auf die Entwicklung und Belebung unserer Zusammenarbeit von Einfluß sein wird. Der Zweck der Konferenz ist, einen Meinungsaustausch über die gegenwärtige internationale Lage herbeizuführen. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Konferenz die besten Früchte zeitigen möge und beehre mich, die Eröffnung der Beratungen mitzuteilen."

In Beantwortung dieser Rede ergriff der estnische Außenminister Dr. Ackel das Wort, der zugleich auch im Namen seiner in Warschau eingetroffenen anderen Kollegen Herrn Zamoyski seinen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte zum Ausdruck brachte.

Er äußerte die Hoffnung, daß die beginnende Konferenz einen neuen Schritt auf dem Wege der friedlichen Zusammenarbeit darstellen werde, deren Zweck eine immer weitergehende Annäherung sei. Die baltischen Staaten seien gegen jede Angriffspolitik und wünschen eine Verständigung herbeizuführen, die sich auf einen guten Willen stützt und auf die Erhaltung des Friedens eingestellt ist. Die gemeinsame Politik in dieser Richtung werde nicht nur als ein Bestreben zur Erhaltung des Daseins eingeschätzt werden, sondern sie werde auch die gesunde Grundlage für eine glückliche Zukunft der in Frage kommenden Staaten bilden. — Der estnische Außenminister schloß seine Ausführungen u. a. mit dem Wunsche, daß die beginnende Konferenz von einem vollen Erfolge gekrönt sein möge.

Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde hierauf einstimmig der polnische Außenminister Zamoyski gewählt. Nachdem die Tagesordnung der Besprechungen angenommen worden, erstattete der Vertreter des Leiters des politischen Departements des Außenministeriums, Herr Stefan Przezdziecki, Bericht über die bisherige Zusammenarbeit der an der Konferenz teilnehmenden Staaten. In der weiteren Folge wurde die Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse sowie der Arbeitsplan der Konferenz festgelegt. — Die Arbeiten der Konferenz finden in zwei Ausschüssen statt. — Um 2 Uhr nachmittags nahmen die baltischen Außenminister Ackel, Sheja und Enckel an einem vom Staatspräsidenten Wojciechowski im Belvedere gegebenen Frühstück teil.

Die Arbeit am Sonntag.

Die politische Kommission der Baltenkonferenz beriet am Sonntag von 10½ bis 12½ Uhr, darauf die Wirtschaftskommission bis 1½ Uhr. Nach den Beratungen gab Außenminister Zamoyski zu Ehren der Gäste ein Frühstück, bei dem von polnischer Seite zugegen waren: Premier Grabski, der Vorsitzende des Auslandsausschusses Dębski, die früheren Minister Dmowski und Seyda, der Abg. Dąbski, der Vorsitzende des Liquidationsamtes, Karśnicki, die baltischen Gesandten, ferner die Herren Przezdziecki, Bertoni, Andrycz, Skrzyński und Nathanson. — Um 3½ Uhr beriet die Redaktionskommission dann die wirtschaftliche und die politische bis 7 Uhr. Nach kurzer Pause trat gegen 8 Uhr das Plenum der Konferenz zusammen, und es erfolgte die offizielle Schließung der Beratungen.

Um 8 Uhr gaben die Außenminister Lettlands, Estlands und Finnlands ein Diplomatendiner.

Die Politik der befreiten Völker.

Eine Abordnung der Liga der befreiten Völker, bestehend aus Senator Siedlecki, Abg. Hołówka und Herrn Babiański überreichten am Sonntag den erschienenen Baltenministern eine speziell zu ihrer Ankunft herausgegebene französische Broschüre, die der Politik der befreiten Völker gewidmet ist.

Krisis in der oberschlesischen Industrie.

Der „Kurjer Codzienny" schreibt: Nach den letzten Nachrichten ist es nicht ausgeschlossen, daß die Hochöfen der vereinigten Königs- und Laurahütte ausgelöscht werden. Der Grund ist in der gegenwärtigen Industriekrisis zu suchen. Der Bedarf an Eisen im Innern des Landes ist auf ein Minimum gefallen, während die Einfuhr tschechischen Eisens in der letzten Zeit stark gewachsen ist. Anscheinend ist die Frage des Schutzzolls zugunsten der einheimischen Hütten sehr aktuell geworden und wird in den Regierungskreisen stark erörtert.

Drohender Metallarbeiterstreik.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Hütte Wilczenski im Dombrowaer Gebiet wurde geschlossen. Das ist ein großes Unternehmen, das Zweigniederlassungen in Oberschlesien, Sosnowitz und Zawiercie hat. Infolgedessen bemächtigte sich der Arbeiter eine heftige Erregung. Es wurden Stimmen für einen allgemeinen Streik der Metallarbeiter laut.

Die Genfer Konferenz.

Die Arbeiten der deutsch-polnischen Konferenz in Genf schreiten vor. Es finden zweimal täglich Sitzungen statt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Souza Dantas wurde eine Redaktionskommission gebildet, zu der von polnischer Seite Prądziński, von deutscher Seite Kaufmann gehören.

1 Dollar	= 9 300 000 Mkp.
1 Valorisationsfrank..	= 1 800 000 Mkp.
1 Danziger Gulden...	= 1 632 000 Mkp.
1 Goldmark............	= 2 217 500 Mkp.

Republik Polen.

Ueber die Freitagssitzung des Sejm

(vergl. „Pos. Tageblatt.“ Nr. 40)

schreibt uns jetzt unser Warschauer Sonderberichterstatter:

Man verhandelte über die Autonomie, die den Gemeinden und Bezirken gegeben werden soll. Zu einer ernsteren Beratung kam es nicht, aber es wurden von dem Sozialisten Jaworowski doch einige Einzelheiten des Gesetzentwurfes zur Sprache gebracht. Das Gesetz sieht für Gemeinde- und Bezirkswahlen das Pluralwahlrecht vor. Also wer zum Beispiel vier Kinder hat, wer dabei eine Stellung in der Verwaltung einnimmt und am Kriege teilgenommen hat, dabei auch die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, verfügt über nicht weniger als vier Wahlstimmen; er wiegt also ganze vier einfache Wähler auf! In Belgien hat vor dem Kriege ein ähnliches Pluralwahlrecht für Gemeinden und Bezirke bestanden. Es scheint fast, als sei das polnische Gesetz dem veralteten belgischen nachgebildet. In Belgien wurde dieses „Wahlunrecht“ noch zwei Jahre vor dem Kriege, sogar unter reaktionärer Herrschaft, abgeschafft. In Polen will man es neu kreieren. Der Abgeordnete Jaworowski führte außerdem an, daß es nicht möglich sei, in einem Lande, in dem es 60 Proz. Analphabeten gebe, diese alle mit dem Wahlrecht zu benachteiligen. Und dann soll dem Magistrat der Gemeinden das Recht gegeben werden, selbständig das Budget zu bestimmen. Das würde eine Magistratsdiktatur schaffen, meinte der Redner nicht mit Unrecht.

Das Mieterschutzgesetz kam ebenfalls wieder zur Debatte, ohne daß etwas Besonderes beschlossen wurde. Interessante Lichter warf bei dieser Gelegenheit der Sozialist Hausner auf die jetzige Bautätigkeit. Er führte als Beispiel Lemberg an. Das Jahr 1912 war für Galizien ein Jahr der Baustockungen. Trotzdem wurden in Lemberg damals 331 drei- und vierstöckige Häuser gebaut, außer den Umbauten und Anbauten. Beschäftigt waren hierbei 12 000 Arbeiter. Und jetzt hält es die Regierung schon für eine besondere Tat, daß im Jahre 1923 in Lemberg ganze 39 Häuser gebaut und hierbei 400 Arbeiter beschäftigt wurden! Die meisten dieser „Häuser“ sind zudem kleine Bauten und Werkstätten. Bei der unerhörten Wohnungsnot und dem Preiswucher, der trotz aller Regelungen mit Wohnungen getrieben wird, fordert der Redner, daß mindestens die Hälfte der Mietssteuern für Neubauten verwandt werde. Dann müsse eine genau Kontrolle über diese Baufonds ausgeübt werden, damit nicht wieder große Summen für die Errichtung von Banken vergeudet würden.

Dann kam es noch zu einer Interpellation wegen einer recht amüsanten, echt bäuerlichen Wahlgeschichte. Herr Witos, der ein wenig seinen Einfluß unter den Bauern schwinden sieht, kam auf ein probates Mittel, um sich beliebt zu machen. Er verschaffte seinen galizischen Wählern 50 Wagen Petroleum, 500 Wagen Kohle und 200 Wagen Salz, alles zum halben oder gar dritten Teil des Preises. Den Unterschied mußte natürlich die Staatskasse tragen. Diese Großtat ließ natürlich die Konkurrenz, nämlich die radikalen Bauern von Galizien, die in der „Wyzwolenie“ vertreten sind, nicht schlafen. Und ihr Redner Bartel forderte entrüstet, daß diese Vergünstigungen auf alle Kleinbauern ausgedehnt würden. Bei dieser Gelegenheit bekam der schlaue Herr Witos einige bösartige Dinge zu hören. Schließlich ging die Angelegenheit an den betreffenden Ausschuß.

Für Auflösung des Sejm.

In der Parteitagung der „Wyzwolenie“-Gruppe sprach sich der Abg. Dąbski für eine sofortige Auflösung des jetzigen Sejm aus

Herabsetzung der Eisenbahnfahrpreise.

Infolge des Sinkens der Preise für Kohle Holz und Rohnaphtha wurde am 16. Februar der Eisenbahntarif um ungefähr fünf Prozent ermäßigt.

Ein großer Dollarkauf der Landesdarlehnskasse.

Die Landesdarlehnskasse kaufte am Freitag 1 000 250 Dollar. Es ist dies der erste Fall, daß an einem Tage eine solche Menge Dollar gekauft wurde.

Verbot einer Brotpreiserhöhung in Warschau.

Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation wird angesichts der Stabilisierung der Getreide- und Mehlpreise keine weitere Erhöhung der Brotpreise gestatten. Die Warschauer Bäcker behaupten zwar, daß sie ihren Mehlbedarf in sogenannten Provinzmühlen decken und infolgedessen höhere Preise berechnen müssen, doch wurde festgestellt, daß sie Mehl aus Warschauer Mühlen in genügenden Mengen auf Lager haben und verarbeiten und nur geringe Mengen Provinzmehl, trotzdem aber den Preis so kalkulieren, als ob sämtliche Brote aus Provinzmehl hergestellt worden wären. Gegen Bäcker, die trotz Verbotes den Preis erhöhen werden, werden strengste Strafmaßregeln angewendet werden.

Gänse aus Polen nach Dänemark.

Polen und Litauen exportierten nach Dänemark bedeutende Mengen geschlachteter Gänse. Aus Polen allein wurden rd. 70 000 Stück im vorigen Jahre eingeführt. Mit dem Import von geschlachtetem Geflügel beschäftigen sich verschiedene dänische Handelsfirmen in Kopenhagen.

Die Eisenbahnverbindung zwischen Polnisch-Schlesien und Posen.

Im Senatsausschuß für Volkswirtschaft wurde am Donnerstag die Frage eines neuen Bahnbaus von Chorzow (Galizien) zur rumänischen Grenze erörtert. Bei dieser Gelegenheit wurde das Diskussionsthema erweitert und über den allgemeinen Plan des Ausbaus des Eisenbahnnetzes in Polen gesprochen. Ein Vertreter der Regierung erklärte, daß ein solcher Plan schon ausgearbeitet sei, daß seine Verwirklichung aber aus finanziellen Gründen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden müsse. In Verbindung damit wiesen die Senatoren Kowalczyk und Szukrzyński auf die Notwendigkeit hin, eine direkte und nähere Eisenbahnverbindung zwischen Schlesien und dem Posenschen herzustellen, insbesondere die Linie Herby—Wieruszow auszubauen. Diese Verbindung sei ungeheuer wichtig für die Posener Landwirte, da sie die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Posenschen nach Oberschlesien und umgekehrt die Kohlenzufuhr aus Oberschlesien nach dem Posenschen erleichtert. In dieser Sache erklärte der Regierungsvertreter, daß in nächster Zeit der Ausbau dieser Linie einer Privatunternehmung übertragen werden würde, und daß diese Bahn wahrscheinlich im Herbst 1926 für den öffentlichen Verkehr eröffnet werden würde.

Der Schiffsverkehr in den polnischen Häfen.

Nach Angaben des Handelsmarinedepartements legten in dem Helaer Hafen Schiffe unter ausländischer Flagge an: 3 Handelsschiffe und 7 Fischerschiffe. In Gdingen liefen in den Hafen außer den polnischen Handelsschiffen ein französischer Handelsdampfer „Kentucky“, der dort 25 Tonnen Waren auslud und 1300 Passagiere nach Frankreich auf Deck nahm.

Wer kann polnischer Offizier werden?

Auf die Anfrage der Abgg. Piesch und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat in Angelegenheit der Erlangung des Offiziersgrades ehemaliger Offiziere deutscher Nationalität hat das Kriegsministerium folgende Antwort erteilt:

„Die Entscheidung betr. die Nichtverleihung des Offiziersgrades der Reserve an gewisse Offiziere der früheren Staaten, die deutscher Nationalität sind, stützt sich auf den angenommenen, einer Verhandlung nicht zugänglichen Grundsatz, daß die Tatsache des Besitzes des Offizierscharakters in einer der früheren Armeen in keinem Falle befehlenden Einfluß haben kann auf die Frage der Verleihung des Offizierscharakters im polnischen Heere durch den polnischen Staat. Die Angelegenheit wurde in Form eines Gesetzes gefaßt und fand ihren Ausdruck im Art. 3 des Gesetzes, handelnd von den grundsätzlichen Pflichten und Rechten der Offiziere des polnischen Heeres. Der erste Teil dieses Artikels lautet:

„Offiziere des polnischen Heeres kann jeder unbescholtene Bürger des Polnischen Staates sein, der den vorgesehenen gesetzlichen Bedingungen entspricht und dessen polnischer Bürgergeist keinem Zweifel unterliegt.“

Es ist selbstverständlich, daß ein polnischer Bürger, der sich zur deutschen Nationalität bekennt, bei dem obige Bedingungen festgestellt werden, zum Reserveoffizier der polnischen Armee ernannt wird. Die seitens des Fragestellers beanstandete Entscheidung stützt sich auf das durch den Sejm angenommene Gesetz und widerspricht nicht den Art. 96 und 109 der polnischen Verfassung, denn:

1. im Sinne des Art. 96 der Verfassung sind öffentliche Ämter gleichmäßig allen zugänglich, welche den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. Zur Erlangung des Offizierscharakters unabweisbar erforderliche Bedingung ist, daß der polnische Bürgergeist keinem Zweifel unterliegt — das ist ein vorgeschriebenes Recht.

2. Es verletzt in keiner Weise das im Art. 109 der Verfassung garantierte Recht der Wahrung seiner Nationalität und Pflege seiner Sprache und seiner nationalen Sitten.

Die Entscheidung, welche der Fragesteller angreift, wäre widersprechend dem Art. 3 des Gesetzes vom 23. März 1923, falls dieser Artikel tatsächlich den von dem Fragesteller angeführten Wortlaut hätte. Er wurde jedoch seitens des Fragestellers im verkürzten Wortlaut mit Auslassung der letzten im Gesetz angeführten Bedingung herangezogen. Das Bekenntnis zur deutschen Nationalität war nicht in dem betreffenden Fall, wie irrtümlich in der Anfrage gesagt wurde, der Grund zur Aberkennung des Offiziersgrades, sondern es muß sich die Verleihung des Offiziersgrades auf die bestehenden Gesetze und die durch sie vorgesehenen Bedingungen stützen.“

Der Kriegsminister.

gez.: Sosnkowski, Divisionsgeneral.

Aus der polnischen Presse.

Gegen Zamoyskis Aeußerung über das Verhältnis zur Tschechoslowakei

wendet sich der Krakauer „Il. Kurjer Codzienny“, der in seiner Nr. 45 schreibt: „So sehr die Absätze der Rede, die Litauen und Memel betreffen, der wirklichen Sachlage entsprechen, so unangenehm berührt uns der Abschnitt über das Verhältnis zu Tschechien. Der Herr Minister Zamoyski zog überflüssigerweise Glacéhandschuhe an und bestrich seine Zunge mit Honig. Mit den Tschechen haben wir so viele unbeglichene Rechnungen, wir haben von ihrer Seite so viele Ungerechtigkeiten erfahren, daß die süßen Worte Beneschs noch nicht die Grundlage für Optimismus und einen äußerst gemäßigten Ton bilden.“ Weiter behauptet das Krakauer Blatt, daß die Jauerfrage noch nicht endgültig entschieden sei. „Sogar wenn die polnische Regierung sich zur Anerkennung der Jaworzynaentscheidung entschließt, so ist es ein Fehler, zu erklären, daß diese Frage in Zukunft keine Rolle mehr spielen wird. Polen vergißt die Jaworzyna nicht, so wie es auch das Teschener Schlesien nicht vergißt. Wir fordern vom Minister Zamoyski nicht, daß er dies ausdrücklich sagen sollte, aber wir verwahren uns ausdrücklich gegen den resignierten Ton: Zu Zeiten ist es das Beste, nichts zu sagen, namentlich, wenn das Thema die Zukunft ist. Das Exposé Zamoyskis war provisorisch. Ganz Polen erwartet mit Spannung das endgültige Exposé, das ein Bild von dem Programm und den Absichten des Herrn Ministers gibt. Wir hoffen, daß dies bald geschieht und daß das Programm und seine Durchführung den Wünschen der Gesellschaft und den Machtbedürfnissen des Staates entspricht.“

Die Ueberwachung der Telephongespräche in Warschau

veranlaßt den „Kurjer Polski“ zu folgenden Bemerkungen: „Es gibt in Warschau ein gewisses Amt, das seine Aufgabe nicht recht erfüllt. Es klagen uns die Bürger, daß doch jedes Amt die Pflicht hat, ernstlich zu arbeiten. Dieser Meinung sind recht viele Besitzer von Telephonanschlüssen, denen fortwährend „irgend etwas“ die Gespräche stört. Von diesem „irgend etwas“ spricht bereits ganz Warschau, man wundert sich, daß dieses „etwas“ so undiskret und so ungeschickt sich bemerkbar macht. Wenn man während des Gespräches jenes charakteristische Knarren hört, nach dem dann das Gespräch gleichfalls wie aus der Ferne zu vernehmen ist, so weiß man schon, was das bedeutet. Es wird abgehört. Der abhörende Beamte wird manchmal mit einer Menge nicht schöner Beiwörter bedacht. Das ist nicht recht. Er tut, was man ihm befiehlt. Und zweitens kann niemand intelligenter sein, als es ihm Gott gestattet hat. Die Liste der Abonnenten, die einer Bewachung unterliegen, muß sehr groß sein. Sie wurde unter der vorigen Regierung zusammengestellt, und es finden sich meistens Namen von solchen Leuten auf derselben, die früher eine hohe Staatsstellung eingenommen haben. Möchte doch das Abhören geschickter vor sich gehen! Man könnte doch einige technische Verbesserungen einführen.“

Sowjetrußland.

Abbruch der russisch-japanischen Beziehungen.

Dem japanischen Konsul in Wladiwostok wurde folgende Note der russischen Sowjetregierung überreicht:

„Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die wiederholten seitens Rußlands an Japan gerichteten Vorschläge auf Erneuerung von Verhandlungen über Fragen, die der Wiederaufnahme normaler Beziehungen beider Länder entgegenstehen, kein positives Ergebnis gezeitigt haben, sieht die Sowjetregierung keine Notwendigkeit, offizielle bevollmächtigte japanische Vertreter auf russischem Gebiet weiterhin zu belassen. Eine solche Vertretung wäre durch nichts gerechtfertigt in Anbetracht des Mangels an Gegenseitigkeit in den beiderseitigen Beziehungen.“

Norwegen erkennt die Sowjets an.

Die norwegische Regierung hat am 13. d. Mts. die Sowjets de jure anerkannt.

Rußland und Südslawien.

Die Verhandlungen über die Aufnahme der Beziehungen zwischen Südslawien und Rußland schreiten, wie aus Belgrad gemeldet wird, günstig vorwärts. Nach der Ratifizierung des italienisch-südslawischen Vertrages werden Verhandlungen mit Rußland über einen Handelsvertrag und gleichzeitig über die Anerkennung Sowjetrußlands aufgenommen werden.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

Der Kommissar, ein dicker, kleiner Mann mit einem Wachtmeisterschnurrbart, blickte auf.

„Kriminalkommissar Schlüter aus Berlin!“

„Freut mich — freut mich!“

Der Mann war verlegen.

„Aber warum waren Sie denn so ungehalten?“

„Ach, das ist eine verfluchte Geschichte. In der Apotheke ist vor einigen Wochen Gift gestohlen worden, und wir können den Täter nicht erwischen.“

„Gift?“

„Jawohl — Arsenik und Morphium.“

Dr. Schlüter pfiff durch die Zähne, und der Kommissar sah ihn verwundert an.

„Ausgerechnet Arsenik und Morphium!“

„Ja!“

„Und Sie wissen weder den Täter noch den Hehler? Dann will ich Ihnen denselben sagen.“

Der Kommissar starrte ihn an.

„Sie kommen wohl gar in der Sache?“

„Vielleicht, obgleich ich von dem Diebstahl in dieser Minute zum ersten Mal gehört habe.“

Der Kommissar sah ihn erstaunt an, und Schlüter fuhr fort:

„Wir sind doch allein — ich meine —“

Der Kommissar schloß die Doppeltür.

„Haben Sie niemals daran gedacht, daß Woldemar Gerhardt mit dem Giftdiebstahl zusammenhängen könnte?“

Der Kommissar sperrte buchstäblich Mund und Nase auf.

„Herr Woldemar Gerhardt? — Der Millionenerbe von Hellrungen? Aber Herr Kommissar!“

„Sagen Sie, Herr Kollege: Ich habe diesen Gerhardt niemals gesehen, und der Gedanke, der mir eben aufstieg, ist erst ganz spontan in meinem Hirn entstanden. Aber immerhin hören Sie einmal zu: Die beiden Frauen, die in Hellrungen wohnten, sind mit Morphium und Arsenik vergiftet.“

„Ich habe den Prozeß gelesen; aber der Mörder ist doch überführt und verurteilt.“

„Sehen Sie, lieber Kollege, ich habe eben die Überzeugung, daß dieser Verurteilte unschuldig ist.“

„Was?“

„Jawohl!“

„Aber — wie sollte denn — war Gerhardt denn jemals in Hellrungen?“

„Soviel ich weiß, nicht!“

„Aber dann —?“

„Ist Ihnen der Kutscher August Gemme aus Greifenberg in Pommern bekannt?“

„Der schöne August?“

Der Kommissar nickte, und Schlüter lachte.

„Sie kennen den Mann?“

„Sehr gut; Greifenberg ist ja in der Nähe, und der Gemme war lange Zeit hier, wenn er auch alle Augenblicke die Stellung wechselte.“

„Weshalb?“

„Herrgott — ein bodenlos leichtsinniger Mensch. Nicht unintelligent, aber liederlich.“

„Wissen Sie vielleicht, ob Gemme und Woldemar Gerhardt miteinander in Berührung kamen?“

Plötzlich sprang der Kommissar auf und ging auf und nieder.

„Merkwürdig, da war doch vorigen Winter der Skandal. Sie müssen wissen, Herrn Gerhardt ist es gar nicht gut gegangen. Er hatte ein kleines Gütchen hier in der Nähe, aber er ist ein so seltsamer Mensch. Wissen Sie, die Leute behaupten, er hätte den bösen Blick und könnte jeden Menschen unter seinen Willen zwingen. Der Getreidehändler Salomon sagte immer: Mit Gerhardt verkehre ich nur noch schriftlich; denn wenn er einen ansieht, kann man keinen Preis machen! Na ja, einen scharfen Blick hat er, und — jedenfalls mit den Weibern hat er's toll getrieben. Da hat in der Tat keine widerstehen können.“

„Es schwebt ja wohl sogar ein Prozeß wegen gebrochenen Eheversprechens gegen ihn?“

„Allerdings, aber er ist zurückgezogen.“

„Was ist denn das für ein Mädchen?“

„Ach, das ist nicht, was man so sagt, ein Mädchen, sondern eine junge Dame, ein Fräulein Agathe Werner, eine recht angejahrte junge Dame. Eine sehr gebildete — sie war während des Krieges und noch jetzt bis vor sechs Wochen in unserer Apotheke als Provisorin angestellt. Eine sehr tüchtige junge Dame! Wir wunderten uns alle, wie sich die zwei verlobten. Herrgott, Gerhardt ist ein strammer Kerl, aber doch nur ein einfacher Mann. Jetzt ist Fräulein Werner in Kolberg in der Hirschapotheke in Stellung.“

„In Kolberg in der Hirschapotheke?“

Schlüter fragte ganz gleichgültig, dann fuhr er fort:

„Sie wollten mir von Gerhardt und Gemme erzählen.“

„Ach so, ja — also Gerhardt war zu unbeliebt, und er konnte sein Gütchen nicht halten. Dann war er vielleicht ein Jahr fort, dann kam er wieder; aber seitdem er hier in einer sehr bescheidenen Wohnung lebte, reiste er viel. Man sagt, er mache so hypnotische Vorstellungen in den Städten, man nennt es ja wohl so. Einmal hat er es auch hier gemacht. Toll war's, und man sollte es nicht glauben. Wenn ich den Kaufmann Schröder vom Markt nicht kennte! Blamiert hat er den Mann. Hat ihn eingeschläfert und ihn rohe Kartoffeln als Äpfel essen lassen und solchen Unsinn. Na, und da war auch der Gemme und ließ sich einschläfern. Herrgott, was hat der Gerhardt mit dem gemacht. Über zwei Stuhllehnen hat er ihn gelegt, mit dem Kopf auf die eine und mit den Füßen auf die andere, und dann war der Mann so steif, daß Gerhardt sich mitten drauf setzen konnte. Aber dann bekam er ihn gar nicht wieder wach, und es war eine große Aufregung. Schließlich ging es doch, aber dann wurden dem Gerhardt solche Vorführungen auf Veranlassung des Kreisarztes verboten.“

„Und was machte Gerhardt dann?“

„In den letzten Monaten hat er ganz zurückgezogen gelebt. Mit den Vorstellungen muß er etwas Geld verdient haben, und — na, dann kam die Erbschaft.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Sachverständigen und das Ergebnis ihrer Arbeit.

Die wichtige Reparationsfrage. — Der Drang zu einer Lösung. — Appell an die Einsicht. — Die Wühlarbeit Frankreichs.

Die Arbeiten der Sachverständigen in Berlin sind zu Ende. Damit tritt die Reparationsfrage wieder in ein kritisches Stadium, wenn auch die bisherigen kritischen Stadien schon in großer Anzahl kamen und immer wieder ungelöst geblieben sind, so kann nur ein gutes Teil Skeptizismus nicht von Schaden sein. Diesmal ist jedoch die Lage etwas günstiger, als sie es vorher war.

Die Arbeit der Sachverständigen wird auch in den Kreisen der deutschen Fachleute als nützlich beurteilt. Zudem sind aber die Sachverständigen auch Persönlichkeiten, die aus den Kreisen der Wirtschaft stammen und deren kaufmännische Einstellung für eine kritische, politische Einstellung unbeeinflußbar ist. Dann ist auch der Ernst wichtig, mit dem diese Männer an ihre Aufgabe herangegangen sind, um die schwere Frage unparteiisch zu lösen.

An diesem Urteil wird die Welt nicht achtlos vorübergehen dürfen. Und wenn über diese Frage gesprochen werden kann, so ist der gegenwärtige Standpunkt der geeignete. Heute bereits die ganze Arbeit genau zu erfassen, ist nicht möglich, da ja das Gesamtgutachten erst gegen Mitte März zu erwarten sein wird.

Die Sachverständigen, und zwar alle Mitglieder, also auch die französischen und belgischen, sind sich darin einig, daß die Reparationsfrage nicht eher gelöst werden kann, wenn nicht folgende drei Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Wiederherstellung der politischen Einheit des Deutschen Reiches;

2. Wiederherstellung der Einheit des deutschen Verkehrs, d. h Rückführung sämtlicher deutscher Eisenbahnen in deutsche Verwaltung, und

3. die Wiederherstellung der deutschen Zolleinheit, d. h. Beseitigung der den deutschen Westen durchschneidenden, von den Franzosen errichteten Zollinien.

Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, glauben die Sachverständigen, daß eine internationale Reparationsanleihe wird flüssig gemacht werden können. Der Ertrag könnte für Frankreich nutzbar gemacht werden und über die kritische Zeit in Frankreich hinweghelfen. Diese Anleihe aber käme nicht zustande, wenn die französisch-belgische Eisenbahnregie weiter bestände. Damit werden die neuen politischen Fragen bereits umrissen. Denn es wird nun heißen, ob Frankreich wählen will, entweder seine Pfänderpolitik weiterzuführen, oder ob es bereit sein wird, das Ruhrpfand gegen den Ertrag einer internationalen Anleihe auszutauschen.

In dieser Frage ist es interessant, daß gerade der „Temps" in den letzten Tagen mehrfach erklärt hat, daß Frankreich ohne jede Garantie das Ruhrgebiet zwar nicht verlassen werde, daß man aber unter Umständen bereit sei, die Ruhr gegen ein gleichwertiges Pfand einzutauschen. Wenn auch keine Gewähr dafür besteht, daß die französische Regierung eine internationale Anleihe der Besetzung der Ruhr als gleichwertig betrachtet, so hat es doch den Anschein, daß die Zahl derer in Frankreich täglich im Wachsen ist, die erkannt haben, daß **die Besetzung der Ruhr ein außerordentlich kostspieliges Unternehmen ist,** das sich Frankreich auf die Dauer nicht leisten kann, ohne nicht seine ohnehin zerrütteten Finanzen noch weiter zu untergraben.

In Frankreich würde man es sogar nicht gerade ungern sehen, wenn Deutschland sich auf Sonderverhandlungen einlassen würde. Die deutsche Regierung ist zu jeder Unterredung bereit, aber sie muß sich ablehnend verhalten, mit Frankreich ein Sonderabkommen zu schließen. Für Deutschland ist das Sachverständigenurteil das wichtigste im Augenblick. Die Lage darf nicht optimistischer beurteilt werden, als sie schwarz gesehen werden muß, noch besteht ja keine Gewähr dafür, daß das Kabinett Poincaré es fertig bekommen wird, seine militärisch-machtpolitischen Einstellungen einer kaufmännisch nüchternen Auffassung zu opfern, die von den Sachverständigen festgelegt wird. Und was die deutsche Regierung nach Jahren der Not und Bedrängnis anbieten kann, ist:

Nach einem Moratorium von ca. 2½ Jahren werden Leistungen möglich sein, die den Wert von 1,2 bis 1,8 Milliarden Goldmark im Jahre kaum übersteigen dürften.

Das wären Leistungen, die, gerechtfertigt durch die deutsche Wirtschaftslage, hinter früheren Angeboten, die seinerzeit als ungenügend abgelehnt wurden, noch zurückbleiben, und es wird daher zweifellos einer gewissen Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung des französischen Volkes bedürfen, um zu erkennen, daß es mit jeder neuen Ablehnung eines deutschen Angebots umgekehrt das alte Spiel der sibyllinischen Bücher wiederholt: **Jedes neue Reparationsangebot Deutschlands muß infolge der inzwischen eingetretenen weiteren Verminderung der deutschen Lebenskraft geringer ausfallen, als es das vorige gewesen ist.** Vielleicht wird auch diese Erkenntnis dem Gutachten der Sachverständigen eine Gasse zu brechen geeignet sein.

Es sind nun, wie nicht anders zu erwarten war, überall wieder Kräfte am Werke, welche die Arbeit der Sachverständigen untergraben wollen, um die Lösung der schwebenden Frage zu verhindern. Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax zunächst, daß mit der Rückkehr der Sachverständigen ein neuer Angriff auf die Politik Frankreichs beginne, und dann heißt es weiter:

„Alle Mittel sollen versucht werden, um zu erreichen, daß wir auf die wichtigen Sicherheiten verzichten, die seit dreizehn Monaten in unserem Besitz sind und auf das System, das wir auf der Grundlage dieser Sicherheiten aufgebaut haben. Um die englische und amerikanische Meinung zu gewinnen, wird der Kanzler sich bemühen, der Republik Deutschland bis zu den Wahlen ein demokratisches Ansehen zu geben. Die Militärdiktatur wird aufgehoben. Zu gleicher Zeit beginnt auch die neue Debatte über die Abrüstung. England wird den Vorschlag machen, daß die Überwachung durch Sachverständige des Völkerbundes an Stelle der Militärkontrolle treten solle. Damit wäre für uns jede Möglichkeit genommen, Deutschlands Rüstungen zu kontrollieren. Für die französische Politik ist jetzt die Stunde gekommen, in der deutlich gesagt werden muß, **daß Frankreich gegen seine Verbündeten und auch gegen Deutschland friedlich gesonnen ist, daß wir aber auf unser Recht und auf unsere Waffen nicht verzichten können.** Das beste, was wir im Augenblick tun können, ist die rasche Erneuerung der Micum-Verträge."

Eine neue „großzügige" Abrüstungsaktion.

Mac Donalds Erklärung auf die Anfrage bezüglich der nationalen Verteidigung. — Frankreich will neue Kontrollen. — Ein Wiederaufbauskandal in Frankreich. — Amerika und Europas Schulden.

Die Debatte im englischen Unterhaus ging am Sonnabend noch weiter, und in die Debatte griffen nach Chamberlain noch verschiedene andere Parlamentsmitglieder. Darauf ergriff wieder der Premierminister das Wort, und er sagte zu der Frage der nationalen Verteidigung, daß die Regierung eine Hauptaufgabe darin sehe, dieses ganze Problem zu erforschen, und zwar in einer großzügigeren Weise, als das jemals zuvor geschehen sei. Es gebe keine Nation, die im Augenblick die Lust habe, sich in einen neuen Krieg zu stürzen. Aus Gründen moralischer und menschlicher Art besteht eine starke Abneigung, irgendwelche militärische Unternehmen in die Wege zu leiten, die letzten Endes zu einer kriegerischen Verwicklung führen können. Die öffentliche Meinung aller Länder ersehnt den Abschluß von Verträgen, welche die Rüstungen zwar nicht direkt unnötig machen, sie aber doch auf ein angemessenes Maß beschränken. Die Regierung habe daher diese Frage nicht vom militärischen, sondern vom Standpunkt der inneren und äußeren, sowie internationalen Politik aus erwogen. Und die Regierung bringe diese verschiedenen Gesichtspunkte in einen gemeinsamen Zusammenhang. Bei seinen Verhandlungen mit auswärtigen Mächten werde sich der Staatssekretär des Äußern nicht auf die militärische Macht, sondern auf eine vernünftige Politik stützen. Die Regierung wünsche es vollkommen klarzumachen, daß sie nicht im Begriffe sei, das Problem der nationalen Verteidigung zu vernachlässigen, daß sie aber im Begriffe sei zu zeigen, daß es sich dabei nicht nur um eine militärische Angelegenheit handle. Der Premierminister erklärte noch, es sei die Absicht der Regierung, Sparsamkeit zu üben, und kündigte an, daß die Voranschläge in sehr strenger Weise geprüft werden würden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede im Unterhause sagte Mac Donald über den russisch-italienischen Vertrag, die britische Regierung habe darauf gedrungen, daß sie gleichwertige Bedingungen erhalte wie die, die jeder anderen Macht gewährt würden, welche die Sowjetregierung anerkenne. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen. Die Debatte über die Politik der Regierung wurde darauf geschlossen, ohne daß es zu einer Abstimmung über Mac Donalds Erklärung kam.

Über die Frage, welche Art Niederlage im Unterhause die Regierung als Mißtrauensvotum auffassen würde, sagte Mac Donald, wenn es sich um etwas Grundsätzliches handele, werde die Regierung eine Niederlage bei der Abstimmung als Mißtrauensvotum auffassen. „Ich kann dem Hause versichern," sagte er, „daß die Regierung nicht fünf Minuten lang im Amte bleiben wird, wenn sie durch eine Abstimmung ihres Ansehens beraubt werden sollte."

Neue Anträge Frankreichs an die Botschafterkonferenz.

Paris, 17. Februar. In Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die Botschafterkonferenz sich dieser Tage erneut mit der Frage der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland befassen wird. Nach Ansicht der französischen Regierung ist nach Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland nunmehr der geeignete Moment gekommen, die alten Methoden wieder einzuführen und die Kontrollbesuche wieder unangemeldet vorzunehmen. Die Botschafterkonferenz wird die Aussprache über diese Angelegenheit eröffnen, sobald die britischen Vertreter ihre Instruktionen erhalten haben. Man glaubt zu wissen, so fügt „Echo de Paris" hinzu, daß General Nollet und sein britischer Kollege in dieser Frage vollkommen übereinstimmen.

Ein neuer Wiederaufbauskandal in Frankreich.

Paris, 17. Februar. Die französische Presse hatte sich in letzter Zeit mit einer Unterschlagungsaffäre beschäftigt, bei der es sich um **von Deutschland auf Reparationskonto gelieferte Materialien** handelt. Aus Douai wird dazu gemeldet, daß diese Affäre unerwartete Formen annimmt. Auf Ersuchen des Liller Untersuchungsrichters nahm der Polizeikommissar von Lille eine genaue Untersuchung in der Gegend von Douai vor, die zur Verhaftung eines angeblichen Industriellen Detève und eines angeblichen Ingenieurs Fournay führte. Detève, der vor dem Kriege ein kleiner Eisenhändler war, hat nach dem Waffenstillstand durch den Verkauf von Eisen, das aus dem Ruhrgebiet geliefert wurde, ein ungeheures Vermögen erworben. Aus seinen Abrechnungen geht hervor, daß er mehrere Tausend Waggon Eisen verkauft hat. Außerdem gibt er selber zu, für ungefähr fünf Millionen Franken verkauft zu haben, aber man glaubt, daß diese Ziffer weit unter dem tatsächlichen Betrag liegt. Man glaubt, daß noch etwa 30 weitere Anklagen erhoben werden, und daß weitere Verhaftungen bevorstehen.

Amerikas und Europas Schulden.

Newyork, 17. Februar. Nach „Chicago Tribune" in Washington wird auf Grund der Einberufung der Schuldenfundierungskommission für Montag angenommen, daß an Italien, Frankreich und andere europäische Länder alsbald eine Mahnung ergehen werde, sich um die Konsolidierung der Kriegsschulden und der rückständigen Zinsen zu bemühen. Insgesamt handle es sich um 7½ Milliarden Dollar. Die Tatsache, daß die Einberufung der Kommission mit Zustimmung des Staatsdepartements erfolgt sei, werde als Anzeichen dafür betrachtet, daß man jetzt die Zeit für gekommen erachte, die europäischen Schuldner um Mitteilung ihrer Ansichten zu ersuchen.

Die Lage in der Pfalz.

Gegen die französischen Pläne. — Entwaffnung der Separatisten. — Monsignore Testa, der päpstliche Delegat, in Speyer angepöbelt.

Die Lage in der Pfalz, die am Freitag und Sonnabend noch sehr ernst und sehr bedrohlich war, scheint sich ein klein wenig gebessert zu haben. Die Bevölkerung besteht jedoch hart auf ihrem Standpunkt, und wenn man die Erregung nicht unnütz auf die Spitze treiben will, wird sich die interalliierte Kommission zu einigen Zugeständnissen bequemen müssen, so schwer es ihr auch fallen mag. Die Besprechungen gehen weiter in diesen Fragen und der Telegraph meldet heute folgende Lage:

Der Sonderausschuß der Interalliierten Rheinlandkommission machte bei der gestrigen Besprechung mit dem Kreistagsausschuß den Vorschlag, daß der Vorsitzende des Kreistages das Regierungspräsidium der Pfalz übernehmen und der Kreistagsausschuß, der aus Vertretern sämtlicher politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten besteht, die Regierung der Pfalz bilden solle. Der Kreistagsausschuß hat dieses Ansinnen abgelehnt, einmal, weil er ebenso wie der Kreistag nicht befugt ist, eine verfassungsrechtliche Änderung des Verhältnisses der Pfalz zu Bayern und dem Reiche zu treffen, und dann, weil diese Lösung der sogenannten Pfalzfrage dem einmütigen Willen der gesamten pfälzischen Bevölkerung vollständig widersprochen hätte. Wäre der Kreistagsausschuß auf diesen Vorschlag des Sonderausschusses eingegangen, so hätte das in Wirklichkeit die Wiederholung und die Verwirklichung der Aktion Hoffmanns bedeutet.

Der Kreistagsausschuß war sich seiner schweren Verantwortung wohl bewußt. Nach längeren Verhandlungen ergab sich, daß die aus der Pfalz ausgewiesenen Beamten wieder zurückkehren und die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen können. Ferner wurde zugesagt, daß die Separatisten entwaffnet und die separatistischen Fahnen eingezogen werden. Darauf hat der Kreistagsausschuß mit allem Nachdruck bestanden, weil nur so die Ruhe und Ordnung garantiert und die aufs äußerste erregte pfälzische Bevölkerung beruhigt werden kann. Wegen des Abtransports der Separatisten aus der Pfalz werden noch weitere Verhandlungen geführt.

Außerdem wurde von dem Sonderausschuß zugesagt, daß in allernächster Zeit alle Verkehrseinschränkungen und Brückensperren in der Pfalz aufgehoben werden; denn auch dies sei eine der ersten Voraussetzungen für die Ruhe und Ordnung in der Pfalz. Die Frage der Rückkehr der von den Franzosen ausgewiesenen Beamten wird noch Schwierigkeiten machen, weil die Franzosen bekanntlich in diesem Punkte sehr hartnäckig sind.

Die Frage, was mit den Separatisten geschehen wird, wird noch viele Schwierigkeiten machen, da der Sonderausschuß darauf besteht, daß den Separatisten volle Amnestie gewährt wird.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen hat sich heute früh bereits ausgewirkt. Der stellvertretende Regierungspräsident Stachler, der nach der Ausweisung des Regierungspräsidenten v. Klingensperg und des damaligen Regierungsdirektors und jetzigen Regierungspräsidenten der Pfalz Matheus die Regierungsgeschäfte der Pfalz führte, bis er wegen Verweigerung des Bahnschutzes während des passiven Widerstandes von den Franzosen verhaftet worden war und der vor einiger Zeit aus dem französischen Gefängnis entlassen wurde, hat heute vormittag die Regierungsgeschäfte der Pfalz übernommen. Die pfälzische Kreisregierung befindet sich zurzeit noch im Bezirksamtsgebäude, weil das Regierungsgebäude von den Separatisten noch nicht geräumt ist.

Der stellvertretende Oberregierungsrat Jakob, der nach der Verhaftung des Oberregierungsrates Staehler die Regierungsgeschäfte der Pfalz übernommen hatte und sie führte bis er von den Separatisten verhaftet wurde, und die noch übrig gebliebenen Mitglieder der pfälzischen Kreisregierung, die von den Separatisten vertrieben oder verhaftet wurden und seit dieser Zeit von den Separatisten im Regierungsgebäude in Haft gehalten wurden, sind gestern abend aus der Haft entlassen worden.

*

In Speyer ist es zu einem sehr peinlichen Zwischenfall gekommen, und zwar zwischen einem Separatisten und dem päpstlichen Delegaten Monsignore Testa. Uns wird darüber gemeldet:

Der päpstliche Delegat Testa hatte bei seinem Besuch der Stadt einen Zusammenstoß mit einem Separatisten. Als der päpstliche Delegat nach seiner Ankunft in Speyer vom Bahnhof durch die Stadt zum bischöflichen Palais ging, wurde er von einem Separatisten angerempelt und vom Fußsteig heruntergestoßen. Als sich Monsignore Testa dieses Benehmen verbat, sagte der Separatist: „Ich bin „Autonomist", worauf Testa antwortete: „Sie setzten sich bei mir gleich in das rechte Licht."

In kurzen Worten.

Zwischen Kommunisten und Stahlhelmleuten soll es in Creußen bei Jena zu einer Schießerei gekommen sein, wobei acht Kommunisten und zwei Stahlhelmleute erschossen worden sind.

*

Das Verfahren gegen Zeigner, den früheren sächsischen Ministerpräsidenten, soll in der Voruntersuchung bereits abgeschlossen sein. Die Hauptverhandlung beginnt im März. Zeigner ist noch in Haft.

*

Die sächsische Regierung hat das Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages abgelehnt. Der Ausschuß der sozialdemokratischen Parteien fordert nunmehr von neuem zur Zeichnung der aufgelegten Listen auf.

*

Die sowjetrussische Militärzeitung „Roter Stern", die in Moskau von Trotzki und Owsenko herausgegeben wurde, ist wegen ihrer oppositionellen Richtung verboten worden.

*

Trotzki, der Kriegsbevollmächtigte der Sowjetmacht, ist erkrankt. Nach Aussagen der Ärzte soll sein Organismus erschöpft sein; er hat außerdem einen Katarrh der Bronchialdrüsen, eine Schwächung der Herztätigkeit und eine leichtere Magenverstimmung. Er dürfte in zwei bis drei Monaten wieder hergestellt sein.

*

Der engl. Kommissar der Rheinlande benachrichtigte die interalliierte Kommission, daß die Kommunisten die Absicht haben, in Köln einen internationalen Kongreß zu veranstalten. Der engl. Kommissar hat das Verbot dieses Kongresses nachgesucht.

*

In Bayern soll ein Arbeitsdienstpflichtgesetz für Männer und Frauen eingeführt werden. Der Gesetzentwurf ist den beteiligten Staatsministerien bereits überreicht worden.

*

Zum Staatskommissar für Danzig hat der Senat den Regierungsrat Dr. Dähn bestellt.

Letzte Meldungen.

Der Ausnahmezustand in Deutschland.

Berlin, 18. Februar. Die bevorstehende Aufhebung des Belagerungszustandes hat in einzelnen Teilen Deutschlands Beunruhigung hervorgerufen, da die Bedrohung durch kommunistische Unruhen keineswegs als beseitigt betrachtet wird. Von unterrichteter Seite wird daher darauf hingewiesen, daß die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes noch nicht die Beseitigung des zivilen bedeutet und daß im übrigen in engbegrenzten Bezirken unter Umständen, sofern es möglich sein sollte, der militärische Ausnahmezustand weitergeführt werden wird. Man denkt hierbei insbesondere an den Freistaat Sachsen.

Ein französisch-englisch-italienischer Geheimvertrag.

Paris, 18. Februar. Der „Humanité" wird aus London gemeldet, daß der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Ponsonby, gestern im Unterhause das Vorhandensein eines zwischen Italien, Frankreich und England abgeschlossenen Geheimvertrages enthüllt hat. Dieser Vertrag ist am 26. April 1915 von Lord Grey unterzeichnet worden. Artikel 13 des Vertrages, auf den sich Italien bei dem Verlangen nach Abtretung des zwischen Britisch-Ostafrika und dem Somalilande liegenden Gebietes von Jubaland stützt, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn Frankreich und Großbritannien ihren Kolonialbesitz in Afrika zum Schaden Deutschlands vergrößern, so erkennen sie im Prinzip Italien gewisse Kompensationen zu, die durch eine Erweiterung seines Besitzes im Somaliland, Lybien sowie in den Gebieten, an die die britischen und französischen Kolonien grenzen, vorzunehmen sein werden."

Frankreich hat in Ausführung dieser Klausel, durch die allein Italien bewogen wurde, am Kriege teilzunehmen, einen Teil von Tunesien an Italien abgetreten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters sagen wir im Namen aller Hinterbliebenen, besonders aber Herrn Pastor Greulich für die trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank.

Familie Pallaske.

Poznań, den 18. Februar 1924.

Hackmaschinen

System „Woolnough"
(wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser.

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus

NYKA & POSŁUSZNY

Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33/34

Vereidigte Meßweinlieferanten

(vinum consecrabile) (1026

fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

Hast Du schon einmal bei

R. Kunert & Co., T. z o. p. Poznań

Niegolewskich (Augustastr.) 18 II. Telefon 62-36.

Stoffe gekauft? Sieh Dir das reichhaltige Lager in allen Sorten Textilwaren, z. B. Seidentrikots, schweizer Voils, Gabardin, Popelin, Herren- und Damenstoffen, Weißwaren usw. an, denn da kaufst Du am **billigsten.**

Anfertigung eleganter

Damen- u. Herren-Garderoben nach Maß.

Fertige Damenmäntel eigener Fabrikation auf Lager. — Billige Preise.

S. ROEMER, Schneidermeister, Szewska 12.

Elegante

Damen-Wäsche

empfiehlt in grosser Auswahl

S. Kaczmarek, Poznań,

ul. 27. Grudnia 20.

Besuch erbeten. Kein Kaufzwang.

---

500 Stück weltberühmte

Getreide- u. Grasmäher Orig. Eckert

sofort abzugeben.

Generalvertreter für Polen und Freistadt Danzig:

NITSCHE i Ska.

Maschinenfabrik

Poznań.

Möbelfabrik liefert äußerst vorteilhaft zu günstigen Bedingungen

Herrenzimmer, Speisezimmer Schlafzimmer.

Beste Arbeit. Billigste Preise.
Gefl. Anfragen unter B. 5248 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Bierapparat,

2 Hähne, desgl. Tische u. Stühle sind z. verkaufen. Anfragen **ul. Jeżycka 35** (fr. Festungsstraße), Gartenhaus I, rechts.



Vom 2.-8. März **Vom 2.-8. März**

Leipziger Frühjahrsmesse 1924

Allgemeine Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse.

Größte und älteste internationale Messe der Welt.

Beste Absatzmöglichkeit — vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit bei größter Ersparnis an Zeit und Kosten.

Die Herbstmesse 1924 findet vom 31. August bis 6. Septembr. statt.

Entgegennahme von Anmeldungen und Auskünfte durch

Otto Mix, Poznań, ul. Kantaka 6a. Tel. 2396.

Villa

in Nowy Tomyśl

[Neutomischel] zu kaufen gesucht.
Vermittelung erwünscht.
Gefl. Angebote unter R. 5446 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

In einer Grenzstadt Westpreußens ist ein

Hausgrundstück

am Markt gelegen, in welchem sich eine Drogerie, Kolonialwaren-, Delikatessen-, Samen- und Eisenwarenhandlung befindet gegen ein ähnliches Objekt in Polen oder **größeres Landgrundstück** zu **verkaufen** od. zu **vertauschen.** Reflektanten wollen bitte ihre Offerte unter **K. K. 5428** an die Geschäftsstelle dieses Blattes einsenden.

Vorteilhaftes Angebot für Auswanderer!

In märkischer Kleinstadt (50 km. von Berlin entfernt), an der Eisenbahnlinie **Berlin—Osten** gelegen (Autoverkehrsstr.) ist ein **erstklassiges Hotel** mit vollständiger Einrichtung zum Preise von

100000 Goldmark

zu **verkaufen,** erforderliches Kapital **80000 Mk.** Wohnung sofort beziehbar. Angebote mit Höchstanzahlung unt. **M. W. 5440** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Molkerei

zu kaufen oder zu pachten gesucht.
Gefl. Angebote unter H. 5437 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Berufstätige Dame sucht

Privat-Mittagstisch

in Lazarus.
Off. unt. 5453 a. d. Gesch. d. Bl.

Aktien

(Noten) Kabel u. Młynotwórnia zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb. u. 5455 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.



„Pilsner Tageblatt"

in **Pilsen, Kowářska 4** ist die

einzige deutsche Tageszeitung in Westböhmen, zählt zu den wohlinformiertesten Blättern, da selbe überall bewährte Berichterstatter unterhält. Zufolge des Umstandes, daß das „Pilsner Tageblatt" über einen Leserkreis verfügt, welcher sich aus Großindustriellen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Beamten, Lehrern usw. des industriereichen Westböhmen, Südwest- und Nordwestböhmen zusammensetzt, eignet sich dieses ganz besonders zu Insertionszwecken. Mit den großen böhmischen Weltkurorten steht selbes in inniger Verbindung. Bezugspreis für Polen bloß 11 Kč. pro Monat.

Unter 40 vierjähr. Stieren stehen z. Auswahl 20 zum Zuge

geeignete, ungejochte zum Verkauf beim **Dom. Karna, Post Chobienice, Station Belgein.**

Wir bieten antiquarisch an:

Ueber Land u. Meer. Erstkl. Familien-Zeitschrift mit vielen Romanen, Erzählungen u. Illustrationen. Diverse Jahrgänge.
Prof. Ad. Strauß, Das osmanische Reich, eleg. geb.
Prof. Ad. Strauß, Groß-Bulgarien, eleg. geb.
Moltrecht, Werkzeugmaschinen, geb.
Dr. Hänish, Wiedergeburt (Innere Studien) geb.
Ullstein und Engelhorn-Bücher, gebunden.
Verschied. bessere Musikstücke f. Klavier, 2-ms
Preuße, Anleitung zur Trichinenschau, geb.
Ostertag, Leitfaden für Fleischbeschauer, geb.

Antiquarisch zu kaufen gesucht:
Schiller's Werke, Göthe's Werke, gut erhalten, bess. Ausgaben.
Methode Toussaint-Langenscheidt „Polnisch".
Großes Latein.-deutsches Wörterbuch zum Schulgebrauch.
Deutsch-polnisches Wörterbuch.
Brehm's Tierleben.
Andree's Großer Handatlas.
Meyer's großes Konversations-Lexikon, mögl. neuere Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Ich halte folgende **Berichterstattungsversammlungen für deutsche Wähler** ab:

1. **Budzyń** Mittwoch, 20. 2., 10 Uhr vorm.
2. **Schmielau** Mittwoch, 20. 2., 6 Uhr nachm.
3. **Chodzież** Donnerstag, 21. 2., 10 Uhr vorm.
4. **Szamocin** Donnerstag, 21. 2., 3 Uhr nachm.

Hierzu lade ich alle Deutschen herzlich ein.

Naumann, Sejmabgeordneter.

Spielplan des Großen Theaters.

Montag, den 18. 2., 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl.
Dienstag, den 19. 2., 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Große Oper von Meyerbeer
Mittwoch, den 20. 2, 7½ Uhr: **„Die Jüdin"**, Große Oper von Halevy.
Donnerstag, den 21. 2., 7½ Uhr: **„Rigoletto"**, Oper von Verdi.
Freitag, den 22. 2., 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl.
Sonnabend, den 23. 2., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**. Komische Oper von Strauß.
Sonntag, den 24. 2., nachm. 3 Uhr: **„Halka"**, Oper von Stan. Moniuszko. Ermäßigte Preise.
Sonntag, den 24. 2., abends 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Große Oper von Meyerbeer.

Was ??? Wo ???

!!! im Teatr Pałacowy !!!

Wie ??? Wer ???

!!! Pat und Patachon !!!

mit der Braut aus Australien.

?? Wo ??

findet der diesjährige Reiterball statt?



Wohnungstausch!

Posen - Kattowitz.

Tausche meine Posener drei Zimmerwohnung mit allem Zubehör gegen gleiche oder größere in Kattowitz oder Umgegend. Gefl. Angebote unter **M. 5383** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Geb. Landwirtstochter, 24 Jahre, musikalisch, häuslich u. wirtschaftlich, wünscht, da es ihr an pass. Herrenbek. fehlt, in Briefwechsel m. gutsituiert. Herrn (Landwirt bevorzugt) zwecks **spät. Heirat** zu treten. Off. unt. **T. 5342** a. d. Gesch.

Junges Mädchen aus guter Familie möchte ihren zwei Monate alten

Knaben als eigen

abgeben. Gefl. Offerte unter **M. 5450** a. d. Gesch. d. Bl.

Zu mieten gesucht:

Kontor u. Lagerraum

evtl. Speicherräume.

Angebote unter **A. 234** an Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Bydgoszcz.**

Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf

Sander & Brathuhn

Hanf- u. Draht-Seile

Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019



Hersteller: **Urbin-Werke,** G. m. b. H. **Danzig, am Troyl,**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Verordnung des Finanzministers

im Einvernehmen mit dem Justizminister vom 30. 1. 1924, betreffend Änderung einiger Bestimmungen der Verordnung vom 27. 7. 1923, betreffend Regelung des Verkehrs mit Devisen und Auslandsvaluten, sowie des Geldverkehrs mit dem Auslande. (Dz. U 1924, Nr. 12).

Auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1923 (Dz. U. Nr. 25, Pos. 154) in der Fassung des Gesetzes vom 23. Juni 1923 (Dz. U. Nr. 62, Pos. 459) wird folgendes verordnet:

§ 1. Die Verordnung des Finanzministers und des Justizministers vom 27. Juli 1923 betreffend Regelung des Verkehrs mit Devisen und Auslandsvaluten, sowie des Geldverkehrs mit dem Auslande (Dz. U. Nr. 74, Pos. 582) unterliegt folgenden Änderungen:

1. Der § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13. Die Ausfuhr von Auslandsvaluten und Devisen sowie von polnischen Mark ins Ausland ist ohne Erlangung einer besonderen Erlaubnis bis zur Höhe des Gleichwertes von 1000 Złoty erlaubt.

Wenn die ins Ausland reisende Person im Paß ein Visum besitzt, welches sie zur oftmaligen Überschreitung der Grenze berechtigt, dann darf sie im Laufe eines Kalendermonats nicht mehr als den Gleichwert von 1000 Złoty ausführen.

Personen, die ins Gebiet der freien Stadt Danzig ausreisen, haben, wenn sie sich mit gewöhnlichem Personalausweis legitimieren, das Recht, ohne Erlaubnis einen Betrag im Gleichwert von 250 Złoty auszuführen.

Personen, die die Grenze auf Grund von Grenzausweisen, Verkehrskarten usw. überschreiten, haben das Recht, ins Ausland Beträge zu überführen, die dem Gleichwert von 100 Złoty einmalig und 500 Złoty monatlich entsprechen.

Zur Ausfuhr höherer als in den Absätzen 1—4 dieses Paragraphen erwähnten Summen ist die Erlaubnis der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa oder einer ihrer Geschäftsstellen erforderlich, soweit die Summe den Gleichwert von 5000 Złoty nicht übersteigt.

Zur Ausfuhr höherer Beträge ist die Erlaubnis des Kommissars für Devisenangelegenheiten erforderlich."

2. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14. Die Vorschrift des § 13 betr. die Ausfuhr von polnischen Mark wird gleichfalls bei der Ausfuhr von Bargeld wie auch bei der Ausfuhr von Schecks, Überweisungen und allen Geldverpflichtungen, die auf polnische Mark lauten, angewandt."

3. In § 19 wird der Satz „Verfügungen über diese Beträge können nach den Grundsätzen, die in § 25 dieser Verordnung angezeigt sind, ausgeführt werden" durch folgenden Satz ersetzt: „Verfügungen über diese Summe können nur in den Fällen und unter den Bedingungen ausgeführt werden, welche in den Punkten 1 und 2 des § 25 vorgesehen sind."

4. Der Titel der Abteilung VI erhält die Fassung:

„VI. Konten in Auslandsvaluten, Erteilung von Krediten in Auslandsvaluten, sowie Auszahlungen von Überweisungen in diesen Valuten."

5. § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24. Die Führung von Konten in ausländischen Valuten und die Annahme aller Art von Einzahlungen in diesen Valuten ist der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa auf Grund der von ihr aufgestellten Grundsätze sowie den Devisenbanken erlaubt."

6. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25. Auszahlungen aus Konten in Auslandsvaluten die durch Devisenbanken geführt werden, können in effektiver Auslandsvaluta in folgenden Fällen gemacht werden:

1. Soweit bei dem Inhaber dieses Kontos die Bedingungen vorliegen, die für den Ankauf von Auslandsvaluten im Sinne der §§ 6—9 gefordert werden, wobei in diesem Falle die Auszahlung nur im Wege der Überweisung ins Ausland erfolgen kann;
2. soweit die Auszahlung zum Zweck der Zeichnung von Aktien der Bank Polski oder von Staatsanleihen, die in Auslandsvaluta herausgegeben werden, geschieht. In diesem Falle darf die Auslandsvaluta nicht zu Händen des Kunden ausgezahlt werden, sondern muß dem Institut überwiesen werden, das Einzahlungen auf die Zeichnung entgegennimmt;
3. in dem Falle, wenn der Inhaber des Kontos in Auslandsvaluta eine physische oder juristische Person ist, die ihren Sitz bzw. ihren Wohnsitz im Ausland hat, kann diese Person über Beträge, die auf dieses Konto eingezahlt sind, ohne Beschrankungen verfügen, soweit diese Beträge unmittelbar aus dem Ausland eingegangen sind. Diese Vorschrift gilt jedoch nicht für besondere Konten in Auslandsvaluten, von denen im § 19 die Rede ist."

7. Nach dem § 25 werden § 25 a, b, c und d mit folgender Fassung eingefügt:

„§ 25 a. Der Finanzminister kann einer Devisenbank die Erlaubnis zur Annahme von Einlagen in Auslandsvaluten, zur Führung von Konten in diesen Valuten, zur Verzinsung dieser Art Einlagen bzw. Konten, sowie zur Auszahlung aus diesen Konten und zur Rückgabe dieser Einzahlungen ohne die Beschränkungen, die im § 25 vorgesehen sind, erteilen.

§ 25 b. Die Bank, die die Erlaubnis besitzt, von der im § 25 a die Rede ist, hat das Recht, Kredite in Auslandsvaluten in allen Formen physischen und juristischen Personen, die ihren Sitz bzw. Wohnsitz im Inlande haben, zu erteilen mit dem Vorbehalt der Rückzahlung dieser Kredite in effektiven Auslandsvaluten.

§ 25 c. Die Auslandsvaluten, die auf Konten und Einlagen eingezahlt werden, die im § 25 a erwähnt sind, werden als aus legaler Quelle hervorgehend angesehen.

§ 25 d. Die der Bank auf Grund des § 25 a erteilte Erlaubnis erlischt, wenn die Bank das Recht als Devisenbank verliert. Unabhängig von obigem Fall kann die Erlaubnis nur im Fall nicht ordnungsmäßiger Führung der Geschäfte durch die Bank, die auf Grund von § 25 a und b erlaubt sind, zurückgezogen werden. In diesen Fällen dürfen jedoch nicht die Zivilrechte der interessierten dritten Personen verletzt werden."

8. § 26 erhält folgende Fassung:

„§ 26. Überweisungen aus dem Auslande nach Polen, die auf Auslandsvaluten lauten und zugunsten einer physischen oder juristischen Person ausgestellt sind, die ihren Sitz oder Wohnsitz im Inland hat, können nur in polnischer Mark zum Tageskurs ausgeführt werden.

Auszahlung dieser Art Überweisungen in effektivem Auslandsgelde ist nur mit Genehmigung des Finanzministers erlaubt."

9. § 55 erhält folgende Fassung:

„§ 55. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für russisches Geld und sehen keine Beschränkungen in dem Verkehr mit ausländischen Münzen innerhalb des Landes vor."

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

(Aus dem „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt für Polen".)

Zur Beachtung für unsere Postabonnenten.

Infolge Verlorengehens eines Briefes an die hiesige Postverwaltung wurden versehentlich als Abonnementsgelder für das „Posener Tageblatt" statt 5 Millionen 312 000 Mk. nur 4 Millionen 312 000 Mk. eingezogen. Durch die Postämter wird daher der für den Monat Februar zu wenig bezahlte Betrag von 1 Million jetzt nachträglich eingezogen werden.

Verlag des „Posener Tageblattes".

Aus Stadt und Land.

Posen, den 18. Februar.

Die Berechnung der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuerzahler, die zu monatlichen Einzahlungen verpflichtet sind müssen die im Januar erzielten Umsätze nach dem vom Finanzminister auf 1 740 000 M. festgesetzten Januardurchschnittswert des Goldfranken umrechnen und die auf den so bestimmten Umsatz entfallenden Steuern und Selbstverwaltungszuschläge in Goldfranken berechnen.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt Posen wurden im Dezember des vorigen Jahres 95 Ehen geschlossen. Dem Bekenntnisse nach waren es 88 katholische, 2 evangelische, eine jüdische und 4 Mischehen, der Nationalität nach 93 polnische, eine deutsche und eine Mischehe.

Geboren wurden 491 Kinder; davon kamen 15 tot zur Welt. Von den übrigen 476 Kindern entstammten 79 unehelichen Verhältnissen. Der polnische eheliche Nachwuchs betrug 387, der deutsche 10 Kinder. Nach dem Bekenntnisse waren 377 Kinder von katholischen, 10 von evangelischen, 2 von jüdischen Eltern.

An Todesfällen wurden 275 verzeichnet. Es starben 265 Polen und 10 Deutsche. Die höchste Sterblichkeitsziffer weist die Alterskategorie bis zu 5 Jahren auf. Von den unehelichen Kindern starben 34 im ersten Lebensjahre. Im Alter von 6 bis 15 Jahren gab es 4 Todesfälle.

Der Bevölkerungszustrom betrug im Berichtsmonat 1658, der Abstrom 1296 Personen. Es verzogen nach Posen 1579 Katholiken (98 aus dem Auslande), 47 Evangelische (10 aus dem Auslande), 22 Juden (einer aus dem Auslande), 10 anderen Bekenntnisses und Konfessionslose. Es wanderten ins Ausland 109 Katholiken, 11 Protestanten und 15 Juden.

Die Bevölkerungszahl Posens betrug am Silvestertage 185 499. Sie nahm im Laufe des Dezember um 563 zu. Der Geburtenüberschuß belief sich auf 201.

Worte zur Altershilfe.

Die Not schreit um Erbarmen
Für uns're alten Armen.
Barmherzigkeit laßt walten
Für uns're armen Alten!

Oberpfarrer Stubert, Rawitsch.

Geldspenden nehmen alle deutschen Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

X **Berichterstattungsversammlungen für deutsche Wähler** veranstaltet Herr Sejmabgeordneter Naumann am Mittwoch 20. d. Mts., in Budsin und Schmielau, am Donnerstag in Kolmar und Samotschin. Näheres siehe im heutigen Anzeigenteile.

Wilson-Ehrung in den Schulen. Zur Ehren des Gedenkens an den verstorbenen ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, hat das Unterrichtsministerium eine Verordnung erlassen, nach der am 3. März d. Js., nach Ablauf eines Monats nach Wilsons Tode, in sämtlichen Mittelschulen, Fortbildungsanstalten und Volksschulen für Kinder im Alter von über 10 Jahren während der Unterrichtsstunden kurze Ansprachen zu halten sind, die Wilson und seiner Tätigkeit für Polen gewidmet sein sollen, mit besonderer Berücksichtigung der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege und des Punktes 13 der Deklaration vom 3. Januar 1918, die die Grundsätze der Unabhängigkeit Polens und den Zugang Polens zum Meere enthalten. Auf den Schulgebäuden sind nach dieser Verordnung die Staatsflaggen auf Halbmast zu hissen.

Deutsche Bücherei. Das Haftgeld wird mit Rücksicht auf die hohen Buchpreise für Bücher, die es unmöglich machen, für die bisherige festgesetzte Summe des Haftgeldes verloren gegangene Bücher zu ersetzen, vom 20. d. Mts. ab auf fünf Millionen Mark festgesetzt. Die Leihgebühr beträgt nach wie vor die Hälfte einer Straßenbahnfahrt, zurzeit 100 000 M. für jeden Band.

X **Der Familienabend des Evangelischen Vereins junger Männer,** der Sonntag abend im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses abgehalten wurde, hatte so viele Evangelische aller Kreise unserer Stadt vereinigt, daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Unter dem Motto „Wir brauchen wahre Kraft" und „Wir finden wahre Kraft" bot die Veranstaltung eine große Fülle gediegener Unterhaltung in der Form von Vorträgen des Posaunenchors unter der Leitung des Herrn Köhler, Gedichtvorträgen junger Männer, einer Vorlesung aus Briefen eines Negers über seine in Deutschland empfangenen Eindrücke und gemeinsamen Gesängen. Die Ansprache des ersten Teils hielt der Leiter des Evangelischen Vereins junger Männer, Pastor Brummack, die Schlußansprache der erste Vorsitzende, Geheimrat D. Staemmler. Letzterer konnte mit Recht auf die mannigfache Fülle der schönen Darbietungen des Abends hinweisen und die Erschienenen zugleich zur Stiftungsfestfeier des Evangelischen Vereins junger Männer auf Sonntag, den 30. März, einladen.

Vortrag über Pferdezucht. Rittergutsbesitzer v. Oertzen-Pempowo bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: In Nr. 37 des „Posener Tageblattes" ist ein Auszug aus meinem im Kreisbauernverein am 12. d. Mts. gehaltenen Vortrage über Pferdezucht abgedruckt worden. Dieser Auszug enthält Irrtümer und Mißverständnisse. Der Vortrag wird unverkürzt in einer der nächsten Nummern des „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblattes" erscheinen.

X **Ein geheimnisvoller Milliardenverlust.** Sonnabend vormittag sollte der Bote einer hiesigen Bank bei der P. K. K. P. einen Scheck über 8½ Milliarden Mk. einlösen. Nachdem ihm diese Summe aufgezählt worden war, wurde er plötzlich von einer schweren Ohnmacht befallen und fiel zu Boden. Als er wieder erwachte, war das Geld verschwunden. Es ist anzunehmen, daß von einem gewandten Spitzbuben im Verkehrsgedränge mit irgend einem betäubenden Mittel gegen den Boten gearbeitet worden und daß dann von ihm der Ohnmachtszustand des Boten benutzt worden ist, um sich in den Besitz der 8½ Milliarden zu setzen. Inzwischen bemüht sich die Kriminalpolizei, den geheimnisvollen Vorgang aufzuklären.

X **Festnahme eines Milliardendiebes.** Der aus Włocławek stammende 30jährige Josef Ciesielka hatte sich am Sonnabend im Geschäft von Salinger und Rosenkranz am Stary Rynek 62 (fr. Alter Markt) einschließen lassen und hatte sich zwei Milliarden baren Geldes und einen Scheck über eine Milliarde angeeignet. Als er mit seiner Beute das Geschäft verlassen wollte, wurde er festgenommen. Die Beute konnte dem Geschäftsinhaber zurückgegeben werden.

X **Vermutlich erfroren** ist ein unbekannter 60—65jähriger Mann, etwa 1,70 Meter groß, der im Walde bei Wiesichen in der vergangenen Woche als Leiche aufgefunden wurde. Er hatte graues Bart- und Haupthaar, war bekleidet mit einer grauen Joppe, grauer Hose, ¾ langen Stiefeln und braunem Hut. Ein Lichtbild des tot Aufgefundenen kann im Zimmer 3 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Ein bekannter Taschendieb** aus der Gegend von Kattowitz, namens Schlut, der hier eine Gastrolle zu geben gedachte, ist von der Polizei verhaftet worden.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: bei einer Witwe in der ul. Słowackiego 34 (fr. Karlstr.) Leib- und Bettwäsche, sowie Kleidungsstücke im Werte von 400 Millionen; aus dem Hause św. Marcin 48 (fr. St. Martinstr.) ein Korb mit Damenwäsche im Werte von 300 Millionen; aus einer Wohnung in der ul. Czesława Nr. 13 (fr. Caprivistr.) für 3 Milliarden Damenwäsche; aus einem Wäscheschrank in der Wielkie Garbary 53 (fr. Große Gerberstr.) Wäsche im Werte von 125 Millionen; aus dem Hause ul. Poznańska Nr. 54 (fr. Posener Str.) an zwei Stellen Wäschestücke im Werte von je 100 Millionen; aus dem Hause ul. Łazarska 36 (fr. Lazarusstraße) ein Handwagen im Werte von 100 Millionen.

X **Wegen Übertretens der polizeilichen Vorschriften für den Kraftwagenverkehr** sind in der Zeit vom 1. bis 15. d. Mts. 70 Personen zur Bestrafung aufgeschrieben worden, darunter 23 wegen Verstänkerns der Straßen, 11 wegen Nichtbeleuchtung der hinteren Nummer, 21 wegen zu schnellen Fahrens, 5 wegen Fahrens ohne Licht, 3 wegen Auspuffens von Benzingasen, 2 wegen falschen Ausweichens usw.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag: wegen Überschreitens der Grenze ohne Erlaubnis 3 Personen, 11 Dirnen, 3 Bettler, 8 Betrunkene, 2 Diebe.

---

* **Bromberg, 16. Februar.** Die Einwohnerzahl unserer Stadt betrug am 30. September 1921: 89 282 Seelen. Nach der Zählung des Statistischen Amtes vom 1. Januar 1924 hatte die Stadt 100 888 Einwohner. Die Zahl der deutschen Bewohner hat sich nach den Angaben des Statistischen Amtes in der genannten Zeit von 24 874 auf 15 748 vermindert. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung nimmt dauernd ab.

* **Dirschau, 17. Februar.** Auf Anordnung der Stargarder Staatsanwaltschaft ist die am Mittwoch beschlagnahmte Nummer der „Deutschen Zeitung" wieder freigegeben worden.

* **Neutomischel, 14. Februar.** Dem früheren hiesigen Bezirksschornsteinfegermeister Hugo Jeenicke in Ketschendorf bei Fürstenwalde ist vom Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. die Verwaltung des freigewordenen Kehrbezirks in Bärwalde (Neumark) übertragen worden. — Die Preise für Backwaren in unserer Stadt sind seit einiger Zeit bedeutend gefallen. Das Vierpfundbrot kostet 550 000—700 000 M., die Semmel 35 000—50 000 M. Der Höchststand von 900 000 M. für ein Vierpfundbrot ist somit um 350 000 M. gesenkt worden, was allseitig mit Freuden begrüßt wird.

* **Stargard, 17. Februar.** Wie der Magistrat mitteilt, werden die Preise für Gas und elektrischen Strom auch in diesem Monat infolge der gesunkenen Kohlenpreise ermäßigt werden.

* **Thorn, 14. Februar.** Hier versuchte sich der Mitinhaber einer Brennmaterialienhandlung in dem Kontor der Firma das Leben durch Erschießen zu nehmen. Die Revolverkugel verletzte die Lunge schwer. Der Schwerverletzte wurde in das städtische Krankenhaus geschafft, wo er, wie in der Stadt verlautet, später an Verblutung gestorben sein soll. Der Grund zu der Tat wird in einem gegen die Firma eingeleiteten Gerichtsverfahren gesucht.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

L. Sch. in M. 1. Ja. 2. Beim deutschen Generalkonsulat in Posen. 3. Das können wir Ihnen nicht sagen.

E. P. Kamnitz. Wir verweisen Sie auf die Verordnung über „Vermögensabgabe", die wir in unserer Zeitung Nr. 39 vom 16. Februar abgedruckt haben.

H. Grocholin. Ihr Wunsch ist leider nicht zu erfüllen.

Nr. 171. 1. Wissen wir nicht. 6—7500 Dollar. 3. Ja, Sie machen sich strafbar. 4. Ist ganz verschieden und hängt von der Bank ab, die Ihnen die Überweisung macht.

Sch. u. Z. Lissa. Ihre Wünsche sollen erfüllt werden.

H. Z. Das ist möglich. Wir halten es aber aus bestimmten Gründen für richtiger, wenn sich Ihr Sohn das Visum für die Hin- und Rückreise geben läßt.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Ein Verbot der Melasseausfuhr aus Polen** hat der Verband der polnischen Spiritusbrennereien beim Handelsministerium beantragt, weil ein solcher Mangel an Rohstoffen auf dem heimischen Markte herrsche, daß den Brennereien die Betriebseinstellung drohe.

♂ **Das Industrie- und Handelsministerium** gibt bekannt, daß sich die Londoner Handelskammer (The London Chamber of Commerce, Oxford Court, London) für den Import schottischer Wollerzeugnisse nach Polen interessiert und Meldungen eventueller Reflektanten bzw. Adressen von Wollgroßhandlungen zu erhalten wünscht.

Industrie.

⊙ „Unja" vorm. Blumwe u. Sohn in Bromberg sind vom Patentamt der polnischen Republik folgende Patente erteilt worden:

1. Ein Freirahmen - Walzenvollgatter Original - Konstruktion „Blumwe" ohne Kopfstückverbindung, wodurch die Zugänglichkeit zu den Sägen, besonders aber zu den Angeln und das Anziehen derselben bedeutend erleichtert wird.
2. Eine Walzenhobelmaschine komb. mit einfacher oder doppelter Nut- und Spundmaschine.
3. Ein Abrichthobel- und komb. Abrichthobelmaschine und Dicktenhobelmaschine selbsttätig deckende Schutzvorrichtung. Durch diese Vorrichtung wird jeglicher Unglücksfall an dieser Maschine verhindert.
4. An Walzenvollgattern ein Antriebskettenmechanismus für die obere Vorschubwalzen, durch 2 getrennt angetriebene Ketten.
5. An Walzenvollgattern selbsttätigwirkende Ausschaltklinke, welche für ungleichmäßig starkes und verwachsenes Holz von großer Bedeutung ist.
6. Ein Doppelwalzenvollgatter mit 8 angetriebenen Vorschubwalzen, eingerichtet für jede gewünschte Schnittrichtung.

Von den Märkten.

Holz. Bromberg, 16. Februar. (In Millionen Mkp. pro Festmeter loko Bromberg) Rundhölzer in Kiefer 28, in Eiche 38, Tischlerbretter in Kiefer 92, in Eiche 96, Kanthölzer in Kiefer 88 Bauholzeiche 82.

Edelmetalle. Warschau, 16. Februar. (Im freien Verkehr für 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 6200, Silber 205, Plattin 38000. Goldrubel 5300 Silberrubel 3600 Bilon 1400.

Metallfabrikate. Berlin, 15. Februar. Freibleibende Grund- und Richtpreise für 1 kg bei Lieferungen direkt vom Werk in G.-M.: Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 280 M., Aluminiumrohr 400 M., Kupferbleche 182 M., Kupferdrähte, Stangen 165 M., Kupferrohre o. N. 187 M., Kupferschalen 250 M. Messingbleche, Bänder, Drähte 147 M., Messingstangen 109 M., Messingrohre o. N. 155 M., Messingkronenrohr 175 M., Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 185 M., Neusilberbleche, Drähte, Stangen 275 M., Schlaglot 180 M.

Altmetalle. Berlin 16. Februar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 110—125 Altrotguß 90—96. Messingspäne 60—65, Gußmessing 70—75, Messingabfälle 95—105. Altzink 40—45, neue Zinkabfälle 48—50. Altweichblei 45—50, Alumin., Blechabfälle 175—185, Lötzinn 185—190.

London, 15. Februar. Diskont $3^7/_{16}$. Silber gegen bar $33^7/_8$ 3 Mon. $33^3/_4$, Gold 96.

Neuyork, 15. Februar. Diskont $4^1/_2$. inländ. Silber $99^5/_8$ ausländ. 65.

Börse.

≠ Die polnische Mark am **16. Februar 1924.** Danzig 0,648—0,652 (Parität: 1 545 000) Ausz. Warschau 0,633—0,637 (Parität: 1 582 000). **London:** Auszahlung Warschau 0,0000002705 (Parität: 37 Millionen). **Zürich:** Ausz. Warschau 0.60 (Parität: 1 667 500). **Riga: 0.01 (Parität: 10 000).**

≠ **Der Reingewinn der Polnischen Landesdarlehuskasse 1923** betrug nach einer Mitteilung der „Nowa Reforma" 6 031 374 655 219 Mark, wovon 4 952 000 000 000 Mark dem speziellen Reservefonds 79 374 555 219 Mark für den allgemeinen Reservefonds und 1 000 000 000 für den Pensionsfonds überwiesen wurden.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am Sonnabend, dem 16. 2. 24 für Gold- und Silbermünzen die gleichen Preise wie am Vortage.

≠ **Posener Börse vom 16. Februar 1924.** (Markt der nichtnotierten Werte). Größere Umsätze in Bony Złoty zum Kurse von 1.38—1.375—1.350. Miljonówka schwächer zu 1000. Gesucht Huta Miedzy 1600—1700, gesucht Kabel zu 1500, doch ohne Umsätze.

≠ **Warschauer Börse vom 16. 2. 24.** Für Valuten die Tendenz schwächer. Aktien bleiben behauptet. Es notieren in 1000 Mkp.: Cegielski 2800, Chodorów 22 000, Cmielów 8250, Nobel 5900, Parowozy 2150, Pocisk 5500, Zieleniewski 49 000. B. Przem. Lwowski 2500, Br. Sp. Zarobkowych 27 000, B. Handlowo-Przemysłowy 6000, Starachowice 16 750, Rudzki dr. 8500. Lilpop 3100, Ostrowiecki 39 500, Modrzejów (5) 48 000, Suchedniów 6600. B. Powszechny Kred 475 Cukier 17 500—18 000, Norblin 4200, Siła i Swiatło 2750, Kijewski 16 750; nichtnotierte Werte: Zbiersk 6250, Pruszków 950, Lechita 750, Kauczuk 650—700, Nitrat 1400, Opatówek 1000, Hurt. Opał. 290, Granat 825—850.

≠ **Berliner Börse vom 16. Februar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 568 070,** Brüssel 153 600 Christiania 562 590. Kopenhagen 662 340 Stockholm 1 093 260 Helsingfors 105 735 Mailand 184 538, **London 18 054 750, Neuyork 4 189 500,** Paris 187 530, **Schweiz 730 170,** Spanien 534 660 Lissabon 124 687, Japan 1 895 250, Rio de Janeiro 498 750, Wien abgest. 59 351, Prag 121 695, Budapest 153 615, Bulgarien 32 418, Jugoslawien 55 361.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 16. Februar. Freiverkehr.** (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) Auszahlung: Bukarest 22 138 G., 22 362 B., Riga 821 700 G., 838 800 B., Reval 10 989 G., 11 211 B., Kowno 425 700 G., 434 300 B., Kattowitz 478 G., 492 B. — Noten: polnische 463 G., 487 B., lettische 755 500 G., 794 500 B., estnische 10 040 G., 10 560 B., litauische 405 600 G., 426 400 B.

Zugeteilt wurden auf Bukarest 40 %, Reval 25 %, Kowno 3 % Litauische 5 %, alles übrige voll.

Warschauer Vorbörse vom 18. Februar.

Dollar 9 150 000—9 215 000. Engl. Pfund 39 400 000. Schweizer Franken 1 600 000. Französischer Franken 403 000.

≠ **Valorisationsfrank für den 18. und 19. Februar 1924 1 800 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 16. Februar.

Devisen:

Belgien	354 000—352 000	Paris	413 000—410 000
Berlin	—,—	Prag	268 500—266 000
London	40 390 000—39 950 000	Schweiz	1 627 000—1 617 500
Neuyork	9 350 000—9 300 000	Wien	131.85—131.00
Holland	—.—	Italien	407 000—404 000
Goldfrank	1 800 000	Kombons IIa	1 350 000—1 400 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 18. Februar 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	28 000 000—33 000 000	Weizenkleie	14 000 000
Roggen	18 000 000—20 000 000	Roggenkleie	12 000 000
Weizenmehl	56 000 000—60 000 000	Peluschken	20 000 000—22 000 000
Roggenm.	35 000 000—37 000 000	Seradella	16 000 000—18 000 000
Gerste	18 000 000	Wicken	18 000 000—20 000 000
Braugerste	19 000 000—21 000 000	Felderbsen	18 000 000—24 000 000
Hafer	19 000 000—21 000 000	Vikt.-Erbsen	45 000 000—50 000 000

Schwache Tendenz bei bedeutenden Umsätzen.

Danziger Mittagskurse vom 18. Februar.

1 Million poln. Mark	0,64 Gulden
1 Dollar	5,81 „

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Wertpapiere und Obligationen:	18. Februar	16. Februar
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—,—	100
Bony Złote	—,—	1 380-1375-1350
Bankaktien:		
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk I.-VI.	—,—	300
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	850—875	825—850
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 500	2 400—2 500
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	700—800	700
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	—,—	220
Bank Młynarzy I.—II. Em.	—,—	65
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	500	—,—
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	150	—,—
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	825—900—850	850
H. Cegielski I.—IX. Em.	280—270	290—280
Centrala Rolników I.—VII. Em.	—.—	100
Centrala Skór I.—V. Em.	725—700	760—750
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	300—250
Galwana	200	200
Goplana I.—III. Em.	350—400	450—400
C. Hartwig I.—VI. Em.	330—320	300—330
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1 225	—.—
Homosan I.—III. Em.	50	—.—
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	35—30	35
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	1 500—1 400	1 600—1 500
Iskra I.—III. Em.	700	700
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	18 250
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	140	150—145
Dr. Roman May I.—IV. Em.	8 750—8 500	9 000
Młyn Parowy w Gnieźnie	400—375	375
Płótno I.—III. Em.	190—200	200—180—190
Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu	1 675—1 650	1 650
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	475—460	480
Pneumatik I.—IV. Em.	45	—,—
Spółka Stolarska I.—II. Em.	500	540
„Unja" (früher Bengki) I. u. III. Em.	2 300—2 250	2 300
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	900	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4 000	4 000
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em.	325	—.—
Wytwórnia Chemiczna I.—IV. Em.	100—90	130—115
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	500	550

Tendenz: behauptet.

In der Börse vom 16. Februar muß der Kurs der Aktien „Młyn Parowy w Gnieźnie" nicht 475, sondern 375 lauten.

≠ Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 18. Februar 1924 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 200 000 Mkp.

≠ Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 18. Februar 1924. 1 Dollar in Polen = 9 090 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 165 000 Mkp.

≠ **Züricher Börse vom 16. Februar 1924.** (Amtlich.) Neuyork 5.75, London 24.67, Paris 25.30, Wien 0.0081, Prag 16.70, Mailand 24.95, Brüssel 21.75, Budapest 0.0201, Helsingfors 14.40, Christiania 77, Stockholm 150, Amsterdam 215, Madrid 73.25, Sofia 4.375, Bukarest 3.08, Belgrad 7.55, Athen 9.60, Konstantinopel 3.02, Berlin 1.25.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.